

# Gestern Indonesien, bald Mercosur

50,7 Prozent der Schaffhauserinnen und Schaffhauser haben dem Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zugestimmt. Auf nationaler Ebene lag der Ja-Stimmen-Anteil nicht viel höher. Das Ergebnis werten manche als Wendepunkt in der Schweizer Aussenwirtschaftspolitik.

Reto Zanettin

BERN. In Jakarta, der Hauptstadt von Indonesien, blickte man bereits am Freitag auf die Abstimmung über den Freihandelsvertrag. In einem Kommentar, der in der Zeitung «Jakarta Post» erschien, hiess es: «Mit wachsendem Einfluss der Öffentlichkeit wird es wichtiger, dass die Diplomatie die Herzen der Wählerinnen und Wähler gewinnt.» In der Schweiz wurde dieser Ruf nur teilweise erhört. Allzu überschwänglich fiel das Votum am gestrigen Abstimmungssonntag nämlich nicht aus. Auf nationaler Ebene haben 51,65 Prozent der Urnengänger Ja zum Wirtschaftspartnerschaftsabkommen gesagt. Im Kanton Schaffhausen stimmten 50,7 Prozent zu. 14 von 26 Gemeinden lehnten den Vertrag ab. Schaffhauser Politiker sind sich einig: Das war knapp.

Gaëtan Surber, Co-Präsident der Schaffhauser Jungen Grünen und Gegner des Vertrags, sagt: «Ich hoffte zwar auf ein Nein, befürchtete aber, dass die Abstimmung mit 45 Prozent Nein- zu 55 Prozent Ja-Stimmen ausgehen würde.» Er wertet den hohen Nein-Stimmen-Anteil als Erfolg. Weil das Abkommen auch in linken Kreisen Unterstützung fand, ging auch Martina Munz, SP-Nationalrätin, von einem deutlicheren Ergebnis aus. Sie selbst war für den Vertrag, weil er zwischen nachhaltig und konventionell hergestelltem Palmöl unterscheidet. Zollerleichterungen von 20 bis 40 Prozent erhalten Importeure nur für eine beschränkte Menge von zertifiziertem Palmöl.

Mit einem klareren Ergebnis gerechnet hat auch Hannes Germann (SVP). Der Schaffhauser Ständerat erklärt: «Der hohe Nein-Anteil zeigt die Skepsis gegenüber dem Freihandel.» Germann macht einen Widerspruch im Verhalten aus. «Einerseits kauft man Waren, die rund um die Welt transportiert und angeliefert werden. Andererseits bekämpft man Freihandelsverträge.» Das Ja sichere der Schweizer Wirtschaft den Zugang zum asiatisch-pazifischen Raum und sei eine echte Errungenschaft. «Brandrodungen von Regenwäldern und Entwässerung von Torfmooren sind nun untersagt. Zudem müssen soziale Standards eingehalten werden.» Damit sieht Munz das Ende neoliberaler Freihandelsverträge gekommen. «Von jetzt an ist es ein No-Go,



Nachhaltigkeit aus Freihandelsverträgen auszuklammern.» Der Vertrag beweise, dass Soziales und Ökologie in einen Handelsvertrag integriert werden könnten. Surber findet: «Wir haben nun die historische Erfahrung gemacht, dass man gegen ein Freihandelsabkommen das Referendum ergreifen kann und die Chancen intakt sind, damit durchzuhalten.» Ob die Übereinkunft mit Indonesien tatsächlich einen Wendepunkt in der Schweizer Aussenwirtschaftspolitik darstelle, sei schwierig zu sagen, erklärt Germann. Denn es brauche stets zwei für einen Vertragsabschluss. «Wenn unser Verhandlungspartner sich nicht zu Sozial- und Umweltstandards bekennt, muss man unter Umständen eine andere Güterabwägung treffen als beim Vertrag mit Indonesien.»

«Zurück in die Verhandlungen»

Im Raum steht zurzeit das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit dem Mercosur,

dem Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay angehören. Wie in Indonesien leben dort 260 Millionen Menschen. Doch das wirtschaftliche Potenzial ist ungleich höher. Die Schweiz exportiert jährlich Güter im Wert von 3,6 Milliarden Franken in die Mercosur-Staaten, siebenmal mehr als nach Indonesien. Während das gestern abgestimmte Abkommen Zollerleichterungen von 25 Millionen Franken im Jahr bringt, werden Schweizer Unternehmen mit dem Mercosur-Abkommen 180 Millionen Franken einsparen. Der Vertragsentwurf liegt seit Sommer 2019 vor. Er enthält zwar ebenfalls ein Nachhaltigkeitskapitel. Doch er ist alles andere als unumstritten.

Gaëtan Surber sieht zwar Parallelen zum Indonesien-Vertrag. Jedoch hält er fest: «Wir werden das Mercosur-Abkommen bekämpfen, wenn wir sehen, dass zu wenig für soziale und ökologische Nachhaltigkeit getan wird.» Martina Munz fordert: «Das Mercosur-Abkommen muss zurück in die Verhandlungen. Nachhaltigkeitskriterien müssen berücksichtigt werden, sonst werden wir diesen Vertrag ablehnen.» Die lateinamerikanischen Handelspartner seien stolze Nationen, die sich nur ungern hineinreden lassen, findet Hannes Germann, doch: «Die Schweiz sollte hart bleiben, was soziale und ökologische Standards angeht. Gelingt es nicht, sie zu verankern, sollten kritische Teile wie Rindfleisch ausgeklammert oder auf das Abkommen verzichtet werden.»

Menschenrechtsdialog mit China

Bereits seit 2014 in Kraft ist der Freihandelsvertrag mit China. Als das Parlament über seine Genehmigung befand, entbrannte eine Debatte um die Menschenrechte. Eine Ratsminderheit forderte, sie müssten in den Vertrag aufgenommen werden. Es kam nicht so weit. Letzten Dezember aber tauchte das Thema wieder auf. Die Genfer Ständerätin Lisa Mazzone (Grüne) wollte vom Bundesrat per Interpellation wissen: «Ist der Bundesrat bereit, das Freihandelsabkommen mit China dahingehend nachzuvorhandeln, dass es neu eine verbindliche Klausel zu den Menschenrechten enthält?» Die Landesregierung hält Nachverhandlungen für unrealistisch, will aber weiterhin «alle bilateralen und multilateralen Kanäle nutzen, um diese Thematik mit den chinesischen Behörden anzusprechen», wie es in der Antwort heisst.

Was sagen die Schaffhauser Politiker dazu? Munz erinnert, die SP habe das Abkommen mit China stets abgelehnt. Die Schweiz müsse ihre China-Strategie

Kommentar

## Ein knappes Ja mit Signalwirkung

Das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen bringt Handelserleichterungen so wie einen besseren Schutz von Patenten. Zudem erhalten Schweizer Unternehmen gleich lange Spiesse im Wettbewerb mit Firmen aus Japan oder Australien. Ja gesagt hat die Schweiz auch zu mehr Nachhaltigkeit in der Palmölherstellung. Dass ökologische und soziale Anliegen in den Vertrag aufgenommen wurden, beweist. Handel und Nachhaltigkeit sind keine Gegensätze, sondern gehen Hand in Hand. Und das ist gut so.



Reto Zanettin  
Inlandredaktor

reto.zanettin@shn.ch

«Dass solche Bedenken einen Stellenwert besitzen, hat sich gestern gezeigt.»

In künftigen Verhandlungen sollte die Schweiz den nun eingeschlagenen Weg weiterverfolgen. Verträge, welche die Umwelt, Arbeitnehmer- und Menschenrechte zu wenig schützen, werden einen schweren Stand haben. Denn eines hat dieser Abstimmungssonntag ebenfalls gezeigt, Freihandelsverträge gehören dem Referendum unterstellt. Das war nicht immer der Fall. Das Abkommen mit China trat nach einem Parlamentsbeschluss in Kraft. Dabei hat die politische Linke gefordert, Menschenrechte seien in das Abkommen aufzunehmen. Die Forderung wurde im vergangenen Dezember bekräftigt. An dieser Stelle ist Augenmass gefragt. Zweifelsfrei, Menschenrechte müssen gewahrt werden. Dafür sollte sich die Schweiz starkmachen, wie sie das in der Vergangenheit getan hat. Die Frage ist nur, auf welchem Weg. Im Verhältnis zu China pflegt die Schweiz seit Jahren einen Menschenrechtsdialog, der weitergeführt werden sollte. Hingegen ist es wenig realistisch, dass sich Peking zu Nachverhandlungen über Menschenrechte bewegen lässt. Das Land hat immer wieder klargestellt, dass es sich in dieser Frage nichts vorschreiben lässt. Anders verhält es sich beim Vertrag mit dem Mercosur. In den grossen Zügen haben sich die Schweiz und die lateinamerikanischen Länder geeinigt. Das Abkommen enthält wiederum ein Nachhaltigkeitskapitel. Linken Politikern bereitet der Vertrag dennoch Umbehagen. Dass solche Bedenken einen Stellenwert besitzen, hat sich gestern gezeigt.

«Das Mercosur-Abkommen muss zurück in die Verhandlungen.»

Martina Munz  
SP-Nationalrätin aus dem Kanton Schaffhausen

VIDEO  
Interview mit Befürwortern und Gegnern auf [www.shn.ch/click](http://www.shn.ch/click)

# Der Mehrheitsfähige

Daniel Graf ist einer der treibenden Kräfte hinter dem Referendum zum E-ID-Gesetz. Der Netzaktivist und Campaigner hat schon mehrere Initiativen und Referenden ergriffen. Gestern hat er erstmals an der Urne gewonnen.

Andrea Tedeschi

BERN. Für einen, der so viel Wirbel macht, wirkt Daniel Graf ruhiger als erwartet. Zum Essen kommt er trotzdem nicht. Es ist kurz vor Mittag. Vor der Kaffeebar Effinger, einem Coworking Space in Bern, hält Graf ein Sandwich in der Hand, redet, doziert und holt aus. Sie kommen von links und rechts: Nationalrätinnen, Regierungsräte, Weggefährte und viele Journalisten. Alle wollen sie etwas von ihm. Der 48-Jährige ist der Mann der Stunde und einer der treibenden Kräfte hinter dem Referendum zum E-ID-Gesetz. Er hatte viele gegen sich: Unternehmen, den Bundesrat, eine Mehrheit des Parlaments und bis vor fünf Wochen sogar eine Mehrheit der Bevölkerung. 52 Prozent wollten der E-ID gemäss Umfragen zustimmen. «Es hat niemand daran geglaubt, dass man die E-ID bekämpfen kann. Es waren auch nicht alle sicher, ob wir das Referendum schaffen», sagt er. Und jetzt das!

Es ist kurz nach halb eins, der Trend zeigt ein klares Nein. Wird es knapp? Muss Graf den Entscheid seiner Abstimmungsbeschwerte, die er kürzlich wegen Verbreitung von falschen Tatsachen rund um die staatliche Schaffhauser E-ID-Lösung eingereicht hatte, tatsächlich noch abwarten? Muss er nicht. Er ruft das Zwischenresultat in die Runde: «Hey, hast Du gehört? 63 Prozent!»

Er hat Grosses vor

Er wirkt überrascht, obwohl er es nicht ist. «Ich sagte immer, im besten Fall erreichen wir über 60 Prozent. Es ist in der Schweiz selten, dass wir vorwärtsgen wollen und ein Referendum den Weg frei macht.» Bescheiden klingt das nicht. «Als Mensch ist er eher bescheiden, aber bei seinen Ideen ist er es nicht. Da denkt er gross», sagt der Schaffhauser Claudio Kuster. Er ist politischer Sekretär des parteilosen Schaffhauser Ständerats Thomas Minder und hat mit Graf einige nationale und lokale Volksinitiativen und Referenden lanciert. So wollen sie zum Beispiel einen Demokratieartikel in der Bundesverfassung erreichen. «Graf hat Ideale, die er verwirklichen möchte, aber ein Träumer ist er nicht», sagt Kuster. «Er ist Realist genug, um zu wissen, dass er seine Ideen nur mit Beharrlichkeit erreichen kann.» In der Kaffeebar sagen andere Mitstreiter über Graf, er habe Biss, aber es sei herausfordernd, mit seinem Tempo mithalten zu können.

Graf gilt als Verfechter einer digitalen Demokratie. Er will erstens die direkte Demokratie im Zeitalter der Digitalisierung neu erfinden. Und zweitens will er die Bürgerinnen und Bürger dazu bewegen, sich aktiver in die Politik einzubringen. «Unsere



Der Campaigner Daniel Graf hat nicht nur das Referendum gegen das E-ID-Gesetz ergriffen. Er hat gestern auch erstmals an der Urne gewonnen. BILD GUY

Kampagnenführung sollen alle kopieren, die das wollen. Es ist ein neues Do-it-yourself-Prinzip, das wir etablieren wollen. Parteien und bestehende Organisationen verschlafen die Themen oftmals, weil sie keine Ressourcen haben oder sie nicht wichtig finden.»

Graf hat 2015 die Onlineplattform Wecollect gegründet. Per Mausclick kann man vorfrankierte Unterschriftsbögen für Initiativen runterladen, sich zum Unterschriftensammeln verpflichten oder für Kampagnen Geld spenden. Mit der Plattform hat Graf den Politbetrieb aufgemischt. Die NZZ bezeichnete sie schon als «Unterschriftenautomaten», weil innert 24 Stunden durchaus ein paar tausend Unterschriften zusammenkommen – was auf der Strasse schwieriger ist. So kam mit der Plattform das Referendum gegen Versicherungsdektive zustande, ohne Mithilfe einer Partei oder eines Verbands. Über Wecollect ka-

men Unterschriften für die Initiative gegen Waffenexporte oder die Gletscherinitiative zusammen. Selbst hat Graf auch die Initiative für den vierwöchigen Vaterschaftsurlaub lanciert. Dass er die Zusammenarbeit auch mal ablehnte, wie zum Beispiel mit der CVP für ihre Initiative für eine Kostenbremse im Gesundheitswesen, brachte ihm das die Kritik ein, zu viel Macht zu haben.

Demokratieführling, vielleicht

Im 2019 überführte Graf Wecollect in eine Stiftung. Der Stiftungsrat entscheidet, wer die Plattform nutzen darf: laut Stiftungsurkunde solche, die der bisherigen politischen Ausrichtung der Plattform Rechnung tragen und primär linksgrüne Anliegen.

Zurück in Bern in der Kaffeebar Effinger gibt Graf Blick TV ein Interview. Er sagt, das Ja zur E-ID sei ein Ja zur Digitalisierung, aber auch ein Votum für eine staatliche Lösung. In den nächsten Tagen werden Nationalrätinnen und Nationalräte eine Motion für eine neue Lösung einreichen. «Sehr rasch muss das gehen, wir müssen den Druck hochhalten.» Er will jetzt sich wieder um seine Stiftung kümmern und um nächste Projekte. «Wegen Corona gab es nur sehr wenige Initiativen und Referenden, da gibt es noch einiges in der Pipeline.» Vielleicht gebe es ja einen Demokratieführling.

Kuster sagt: «Graf hat bewiesen, dass er fähig ist, ein Referendum und eine Initiative zu ergreifen. Aber zum ersten Mal ist er jetzt auch mehrheitsfähig.»

Der Sieg an der Urne hatte ihm noch gefehlt. Bis gestern.

VIDEO  
Interview mit Befürwortern und Gegnern unter [www.shn.ch/click](http://www.shn.ch/click)

Nachgefragt

## «Das könnte eine Dynamik auslösen»



Elisabeth Bürgi Bonanomi  
Rechtswissenschaftlerin an der Universität Bern

Erstmals knüpft ein Abkommen Zollerleichterungen an Nachhaltigkeitskriterien. Ist das ein Meilenstein?

Elisabeth Bürgi Bonanomi: Ja, das ist es, wenn man es handelsrechtlich anschaut; auch wenn der Ansatz nur für Palmöl-Importeure gilt. Diese Forderung nach «Produktedifferenzierung» – wie wir in der Wissenschaft sagen – gibt es schon lange, nun gibt es erstmals eine solche Verknüpfung. Das könnte eine Dynamik auslösen, etwa wenn auch die EU bei ihren Verhandlungen mit Indonesien diesen Ansatz übernehmen würde. Was es konkret für dieses Abkommen bringt, hängt von der Umsetzung ab.

Was könnte das Resultat für künftige Abkommen bedeuten?  
Bürgi Bonanomi: Beim Abkommen mit Malaysia scheint mir klar, dass beim

Palmöl der gleiche Ansatz gewählt werden muss wie bei Indonesien. Die Frage ist, ob Malaysia dies akzeptiert. Beim Mercosur-Abkommen ist es schwieriger, weil dieses bereits fertig verhandelt ist. Man müsste die Verhandlungen also wieder öffnen. Diese Debatte wird sicher kommen, etwa bezüglich Soja, Gold oder Rindfleisch. Klar ist aber auch: Solche Nachhaltigkeitsverpflichtungen sind nicht gratis zu haben. Die gestrige Abstimmung könnte hier aber helfen.

Inwiefern?

Bürgi Bonanomi: Ich gehe davon aus, dass wir auch über künftige Handelsabkommen abstimmen werden.

Stärkt das die Forderungen nach mehr Nachhaltigkeit?

Bürgi Bonanomi: Auf jeden Fall. Es stärkt der Schweiz bei den Verhandlungen auch den Rücken, wenn sie darauf hinweisen kann, dass das Abkommen an die Urne kommen könnte.

Interview: Maja Briner

## Vogelsanger will Schaffhauser E-ID weiterverfolgen

Seine erste Reaktion nach dem deutlichen Nein zur digitalen Identität durch Private: «Vorläufig ändert sich nichts, der Kanton Schaffhausen wird das Projekt aber weiterverfolgen», sagt der Schaffhauser Regierungspräsident und zuständige Regierungsrat. «Der Kanton Schaffhausen hat gezeigt, dass eine staatliche Lösung möglich ist.» Es sei aber auch klar, dass es eine zentrale Lösung auf Bundesebene brauche. «Der Kanton Schaffhausen verschliesst sich aber einer Zusammenarbeit nicht, falls sich die Kantone oder der Bund für unsere Lösung aussprechen.»

Deutlicher Wille des Volkes

Der Kanton Schaffhausen spielte im Abstimmungskampf zur E-ID eine umstrittene Rolle. Zum Auftakt vernahm die Schweiz, dass der Kanton Schaffhausen als staatlicher Anbieter für eine E-ID auftreten will. Wie sich später herausstellte, hatte

Vogelsanger gegenüber dem Bundesrat für Justiz aber erst die Absicht bekundet, die Schaffhauser Lösung im Falle eines Ja anerkennen zu lassen. Das Referendatskomitee reichte daraufhin eine Abstimmungsbeschwerde ein. Es seien falsche Tatsachen verbreitet und der Eindruck erweckt worden, dass die Schaffhauser Regierung den Entscheid gefällt habe, als E-ID-Anbieter national eine rein staatliche Lösung anzubieten. Nun hat die Stimmbewölkerung die Vorlage mit knapp 65 Prozent abgelehnt, im Kanton Schaffhausen sogar mit 68,4 Prozent. Für Regierungsräsident Vogelsanger ist das ein deutliches Ergebnis: «Die Digitalisierung ist eine Tatsache, und gegen diese schnelle Entwicklung kann man sich nicht verschliessen. Aber das Volk will ganz klar eine staatliche digitale Identität, und keine private Lösung.» (ted)

Kommentar

## Das deutliche Nein markiert einen Neuanfang für eine tragfähige staatliche E-ID-Lösung

Der Bund wird künftig mehr mit der E-ID zu tun haben, als ihm eigentlich lieb wäre. Die Stimmberechtigten aus allen Regionen der Schweiz wählen die private E-ID-Lösung überraschend mit knapp 65 Prozent deutlich verworfen. Land wie Stadt, Romands wie Deutschschweizer sagten alle Nein zum E-ID-Gesetz. Dass private Unternehmen die elektronische Identität herausgeben sollen und sich der Staat auf die Rolle des Aufpassers reduziert, sorgt für breites Unbehagen. Während der Bundesrat und eine Mehrheit des Parlaments fanden, es brauche bei einer Identifikation gegenüber Behörden nicht mehr, sondern weniger Staat, stieg in der Bevölkerung das Misstrauen. Im sensiblen Datenbereich wollen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, dass der Staat als verlässliche Instanz die amtliche Identifikation seiner Bürger weiterhin übernimmt. Dass er nicht in der Lage sein soll, eine solche E-ID herauszugeben, wie die Befürworter des E-ID-Gesetzes oft behaupteten, hat die meisten daher nicht überzeugt.

Besonders bemerkenswert ist das Ergebnis im Kanton Schaffhausen. Hier ist die digitale Identifikation in Schaffhausen bereits gibt. Nach Basel und Genf haben die Schaffhauser Stimmberechtigten die ihrer E-ID oder gar die staatliche Lösung selbst: Man weiss nicht genau, welche Gründe zu dieser grossen Ablehnung geführt haben. Sicher dagegen ist, dass auf die Schaffhauser Regierung und ihre künftigen digitalen Pläne im Kanton eine schwierige Aufgabe wartet. Dennoch ist das Ergebnis ein Neuanfang. Denn es bleibt unbestritten, dass wir in einer zunehmend digitalisierten Welt, in der wir immer mehr online erledigen, also Kleider einkaufen, Rechnungen bezahlen oder die Steuererklärung einreichen, eine digitale Identifikation brauchen. Die Politik hat jetzt die Möglichkeit, eine Lösung zu schaffen, die den Bedenken der Stimmbewölkerung Rechnung trägt und ihr Vertrauen gewinnt. Denn die Digitalisierung kommt in der Schweiz nur vorwärts, wenn sie von möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern akzeptiert und genutzt wird. Es ist nun an allen Beteiligten, rasch zu einer tragfähigen E-ID-Lösung beizutragen.



Andrea Tedeschi  
Inlandredaktorin  
andrea.tedeschi@shn.ch

«Bemerkenswert ist das Ergebnis in Schaffhausen. Hier ist die Skepsis fast am grössten.»

Vorlage mit 68,5 Prozent mit dem nationalen dritthöchsten Nein-Anteil verworfen. Ob es nun das Debakel rund um die Website des Kantons gewesen sei, die Verwirrungen rund um die Bewerbung des Kantons für eine nationale Anerkennung

lisierung, aber auch ein Votum für eine staatliche Lösung. In den nächsten Tagen werden Nationalrätinnen und Nationalräte eine Motion für eine neue Lösung einreichen. «Sehr rasch muss das gehen, wir müssen den Druck hochhalten.» Er will jetzt sich wieder um seine Stiftung kümmern und um nächste Projekte. «Wegen Corona gab es nur sehr wenige Initiativen und Referenden, da gibt es noch einiges in der Pipeline.» Vielleicht gebe es ja einen Demokratieführling.

Kuster sagt: «Graf hat bewiesen, dass er fähig ist, ein Referendum und eine Initiative zu ergreifen. Aber zum ersten Mal ist er jetzt auch mehrheitsfähig.»

Der Sieg an der Urne hatte ihm noch gefehlt. Bis gestern.